

„Österreich droht ein Dinosaurier-Schicksal“

Pensionsexperte Bernd Marin übt Kritik an der heimischen Pensionspolitik. Er meint, nur echte Reformen würden die Kassen vor einem Kollaps retten.

Interview: Stephan Scopetta

FORMAT: Laut OECD kommen auf einen Pensionisten noch etwas mehr als drei Erwerbsfähige zwischen 20 und 64 Jahren. Bis 2050 sinkt die Zahl auf unter zwei. Wie lange können wir uns dieses System noch leisten?

Bernd Marin: Die Realität ist leider viel schlimmer, sonst hätten wir ja über sieben Millionen Erwerbspotenzial. Der Alterslastquotient wird sich innerhalb einer einzigen Generation verdoppeln, das erfordert radikale Anpassungen.

Auf welche Konsequenzen müssen sich Arbeitnehmer in 35 Jahren dann einstellen?

Auf ein entweder grundlegend überarbeitetes oder völlig neues System, jedenfalls mehr Beitragsgerechtigkeit.

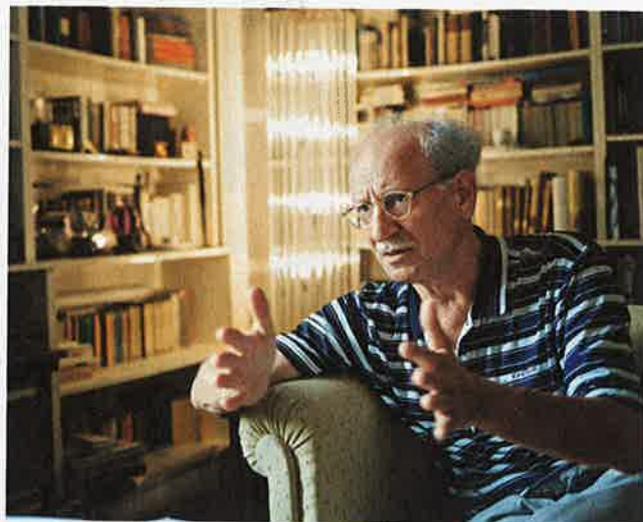
Wie kann man heute noch gegensteuern?

Wäre massiver Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland eine Möglichkeit?

Zuwanderung hilft uns heute schon aus dem Ärgsten heraus. Aber zur wirksamen Gegensteuerung müsste sich die Nettoimmigration vervielfachen. Das scheint mir hierzulande kaum zustimmungsfähig. Einwanderung kann viele Vorteile haben, aber Pensionsprobleme werden nur vertagt, nicht gelöst.

Wäre eine Anpassung der Pensionserhöhung an die Lebenserwartung nicht ein Weg, für etwas Entlastung zu sorgen?

Ja, natürlich, aber des Pensionsalters, nicht der Pensionserhöhung. Jeder weiß das. Daher verlangen es ausnahmslos alle internationalen Organisationen und Fachleute, und eine Mehrzahl der



Bernd Marin ist seit 1988 Executive Director des mit den Vereinten Nationen verbundenen European Centres for Social Welfare Policy and Research in Wien. Er ist gefragter Pensionsexperte und Berater zahlreicher internationaler Organisationen und NGOs.

OECD-Länder macht es auch. Selbst bei uns ist ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ längst Gesetz, aber ökonomisch widersinnig formuliert und unpraktikabel. Er muss nur endlich sinnvoll präzisiert werden.

Gerade einmal 20 Prozent der Österreicher kommen in den Genuss einer betrieblichen Vorsorge. Andere EU-Länder kommen auf einen Schnitt von 65 Prozent. Weshalb werden private und betriebliche Vorsorgemöglichkeiten nicht stark ausgebaut wie zum Beispiel in Großbritannien?

Das größte Versäumnis vorausschauender Politik. Österreich gehört zu den Schlusslichtern. Uns droht ein Dinosaurierschicksal. Hier wäre die Chance für umfassende, wenn nicht verpflichtende, Firmenpensionen für alle Arbeitnehmer,

gleichsam eine Demokratisierung des korrupten „Luxusrenten“-Systems im geschützten Sektor auf Steuerzahlerkosten. Die überwältigende Mehrheit kennt betriebliche Altersvorsorge – wie früher die „Abfertigung alt“ – nur vom Hörensagen. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf betriebliche Vorsorge wie die Deutschen, Schweizer oder auch Ungarn – oder wie auf die Abfertigung neu, ohne Zusatzbelastung der Betriebe.

Wie muss der öffentliche Dienst reformiert werden, um nicht Jahr für Jahr sieben Milliarden für Frühpensionen auszugeben?

Beamte gehen ja wegen des um fünf Jahre höheren Frauenspensionsalters noch Jahre vorzeitig in den Ruhestand als Arbeitnehmer im Privatsektor. Dieser strukturell hoch korrupte und korrumpierende Vollzug ist völlig unakzeptabel. Vorruhestand müsste ausnahmslos zu Aufnahmestopp, Vakanzen oder Budgetdeckelung für die Dauer der Frühpension führen. Der Frühverrentungs-Spuk wäre bald vorbei.

„Die Zuwanderung hilft uns heute schon aus dem Ärgsten heraus.“

Bernd Marin Leiter Centre for Social Welfare and Research